

Ekkehart Hansmeyer

Bewahren durch Erneuern

Wie wir das Klima schützen
und dem Populismus den
Boden entziehen



Inhalt

Vorwort.....	9
1. Ahnungslose Eliten und erboste Populisten	13
Wie ein wissenschaftlicher Irrtum den Populismus fördert.....	16
Eine bisher nicht gestellte Frage	21
Warum wir einen populären Liberalismus brauchen	26
2 Die Rente oder wie der Mitte das Eigentum vorenthalten wird	29
Eigentum wird umverteilt – von unten nach oben.....	36
Das Rentenproblem ist ein Verteilungskonflikt	41
3 Wie den Armen und Schwachen das Eigentum genommen wird	47
Die unheimliche Macht des Eigentums	51
Streit um das Vermögen.....	61
4 Warum sich Populisten nach Grenzen sehnen	71
Populismus als Protest gegen Globalisierung?	72
Handelskonflikte und Streit um das Eigentum	74
Der internationale Vermögenskonflikt.....	81
5 Dem Populismus den Boden entziehen und das Klima schützen.....	85
Stabilisierung der Europäischen Union	88
Stärkung der liberalen Demokratie	90
Eigentum und Klima	96

6 Was ist Mein und was ist Dein?	103
Was wir von der alten Ordnung lernen können	110
Was uns die klassischen Liberalen und Karl Marx heute noch zu sagen haben.....	116
Einige Bemerkungen zur Regel vom gerechten Anteil	122
7 Die demokratische Vermögensordnung	125
Vermögen als Mittel zum Zweck: Wenn privates und öffentliches Interesse übereinstimmen	129
Die Mitte muss das Ziel vorgeben	134
Wer verdient wie viel?	138
8 Zurück in die Zukunft.....	147
Politische Widerstände überwinden.....	150
Neues Wirtschaftswunder und Klimawandel verbinden	158
Endnoten.....	163

Vorwort

Die klassischen demokratischen Parteien in Deutschland, Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten, verlieren seit Jahren Wähler, die entweder zu den politischen Rändern, den Linken und zur AfD abwandern oder eine ökologische Partei, die Grünen wählen. Die Parteienlandschaft wird vielfältiger, aber es wird auch schwieriger, stabile Regierungsmehrheiten zu finden.

Aus dem Blickwinkel ökologisch orientierter Parteien ist diese Entwicklung einerseits positiv, denn immer mehr Wähler halten den Schutz der Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaft für ein wichtiges Thema. Auf der anderen Seite können sie anscheinend nicht alle von den klassischen Parteien enttäuschten Wähler an sich binden. Der ökologischen Partei fehlt ein politisches Programm, mit dem sie auch Populisten für sich begeistern kann. Haben Klimaschützer und Populisten Gemeinsamkeiten? Sind vielleicht beide sogar potenzielle Verbündete, die zusammen ihre Ziele erreichen könnten?

Auf den ersten Blick verbindet Populisten und Klimaschützer nichts. Nehmen wir als Beispiel US Präsident Trump, der den Klimawandel leugnet und das Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz gekündigt hat. Populisten handeln nicht nachhaltig und so könnte man auch sagen, dass beide in gegenseitiger Abneigung verbunden sind.

Doch auf den zweiten Blick sind die Dinge weniger eindeutig. Beide, Populisten und Klimaschützer, sind aufgebracht. Sie protestieren. Greta Thunberg schleudert den Staats- und Regierungschefs »How dare you« entgegen: »Menschen leiden, Menschen sterben, ganze Ökosysteme kollabieren. Wir sind am Anfang eines Massenaussterbens, und alles, worüber Sie reden können, sind Geld und Märchen vom ewigen wirtschaftlichen Wachstum. *Wie könnt ihr es wagen?*«¹ Auch die Anführer der Populisten sind wütend, aber nicht so wortgewaltig. Sie beschimpfen und beleidigen: Eliten, Andersdenkende, Minderheiten oder die etablierten Parteien. Beide, Populisten und Klimaschützer sagen: »Es reicht, so kann es nicht weitergehen.« Ihr Ziel ist Veränderung und kein »weiter so«.

Jedoch haben beide Gruppen unterschiedliche Ziele. Damit sei hier nicht die Durchsetzung oder Verbreitung einer bestimmten Ideologie

gemeint, sondern ganz konkrete politische Ziele. Klimaaktivisten wünschen eine nachhaltige, klimafreundliche Lebensweise, in der der Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie aufgelöst und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit geschützt und geachtet werden. Die Ziele der Populisten sind scheinbar ebenfalls bekannt: Sie wollen Grenzen schließen, sie betonen die eigene Identität und möchten das Fremde aussperren. Aber liegen ihre Interessen vielleicht ganz woanders, und die Forderungen der Populisten richten sich nur gegen Symptome, nicht aber gegen die Ursache für ihre Probleme? Vielleicht wollen die Wähler der Populisten eigentlich nur in die gute alte Zeit des Wirtschaftswunders zurück?

Haben sie vielleicht trotz unterschiedlicher Ziele ein gemeinsames Interesse? Ein Anliegen, welches die etablierten Parteien nicht vertreten? Ist die Ursache für die Flucht von den klassischen Parteien vielleicht ebenfalls die gleiche? Das ist, so meine These, tatsächlich der Fall: Grenzen für das Eigentum ist das Element, dass Populisten und Klimaschützer verbindet, denn schrankenloser privater Besitz ist Gift für die Demokratie und das Klima.

Die Corona-Krise deckt wie schon die Finanzkrise des Jahres 2008 die Schwächen der heutigen Wirtschaftsordnung auf: Eine überdehnte Globalisierung, explodierende öffentliche Schulden und geschwächte Staaten, die es kaum schaffen, das Leben und die Gesundheit ihrer Bürger zu schützen. Personen- und Warenströme versiegen, nur das Geld kann sich noch frei bewegen.

Mit umfassenden Grenzen für das Eigentum würde das Wirtschaftssystem stabiler, und Schocks wie die Corona-Krise können besser bewältigt werden. Die Globalisierung würde gezähmt, Arbeitsplätze wären ausreichend vorhanden, sie wären sicher und gut bezahlt, und es gäbe weniger Ungleichheit. Dem ideologischen Populismus wäre der Boden entzogen.

Auch Klimaaktivisten können ihre Ziele leichter erreichen, denn privates Eigentum dehnt sich zulasten der Umwelt aus. Umweltgrenzen und unbegrenztes Wachstum vertragen sich nicht. Einer Wirtschaft, die ökologische Grenzen überschreitet, muss Grenzen gesetzt werden – Eigentumsgrenzen, denn das wachsende Vermögen treibt das unbegrenz-

te Wachstum an. Dann würde der Wachstumszwang verschwinden, mehr Mittel für den Kampf gegen den Klimawandel wären vorhanden, und die Wirtschaft könnte reformiert werden, ohne eine Abwanderung der Industrie in das Ausland befürchten zu müssen.

Der Staat würde leistungsfähiger; er hätte weniger Schulden und könnte seine Bürger besser schützen. Richtig gezogene Grenzen für das Eigentum überwinden die Endzeitstimmung und machen die liberale Demokratie wieder stark und zukunftssicher.

Aber auch die bürgerliche Mitte und die kleinen Leute, die (noch) die etablierten Parteien wählen, haben ein Interesse an Eigentums Grenzen, denn damit wäre ein für sie wichtiges Thema ebenfalls gelöst – die auskömmliche und sichere Vorsorge im Alter.

Nun ist privates Eigentum ein Tabu und damit auch die Idee, es begrenzen zu wollen. Im angelsächsischen Sprachraum würde man vom Elefanten im Raum sprechen, ein heikles Thema, über das nicht gesprochen wird. Das hat einen Grund: Die traditionellen politischen Parteien sind von Weltbildern geprägt, die das 20. Jahrhundert bestimmt haben, die aber heute nicht mehr relevant sind: Sozialdemokratische Parteien haben durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates für einen gemäßigten Kapitalismus gesorgt. Konservative und liberale Parteien haben durch ihr Eintreten für eine freiheitliche marktwirtschaftliche, aber auch grenzenlose Ordnung das Gegengewicht gebildet. Für die klassischen Parteien ist privates Eigentum unantastbar und ein Tabu. Wer gegen dieses Tabu verstößt, wie zum Beispiel Thomas Piketty, gilt als Linker oder gar als Sozialist und die längst überwundenen Gegensätze des 20. Jahrhunderts brechen wieder aus. Dabei sind Grenzen für das Eigentum ein neues bisher in dieser Form noch nie da gewesenes Thema, das nicht mehr in die politischen Weltbilder oder Denkschubladen des 20. Jahrhunderts passt.

Die etablierten Parteien bilden damit den Zustand der Gesellschaft, also die unterschiedlichen Interessen der Wähler nicht mehr adäquat politisch ab. Bezogen auf ihr Verhältnis zum Eigentum werden sogar die Sozialdemokraten konservativ, sie rutschen nach rechts, weil sie eine überkommene Ordnung erhalten möchten. Selbst liberale Parteien sind bezüglich des Eigentums gar nicht mehr liberal, sondern konservativ

geworden. Deshalb wenden sich die Wähler von den klassischen Parteien ab, die kein Mittel gegen Populismus und Klimakrise finden. Zwar beschwören sie ihre Erneuerung, dabei geht es oft nur um Veränderung beim Personal statt beim Programm.

Die klassischen Parteien hinterlassen in der Mitte einen politischen Raum, der ökologischen oder progressive Parteien offen steht. Unsere These von notwendigen Grenzen für das Eigentum ermöglicht progressiven Kräften eine Strategie, politische Mehrheiten zu gewinnen, indem sie sich auch für die Anliegen der Wähler populistischer Parteien glaubhaft einsetzen, deren Interessen also im politischen Prozess vertreten. Es lohnt sich daher für ökologisch orientierte Politiker, den Ursachen des Populismus besondere Bedeutung beizumessen. Wie der leere politische Raum der Mitte besetzt und gestaltet werden kann, ist Gegenstand dieses Buches.

1 Ahnungslose Eliten und erboste Populisten

Die Demokratie und der Liberalismus sind in der Defensive, selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Mutterland der modernen Demokratie, dem ersten Land mit einer Verfassung, gegründet in der Absicht, das Glück der Freiheit zu bewahren. Der Wahlerfolg von US-Präsident Trump erklärt sich auch dadurch, dass es den Demokraten, also der liberalen Partei Amerikas, nicht gelungen ist, für die bedrängte amerikanische Mittelschicht eine Perspektive zu entwickeln. Die Wähler wenden sich radikalen politischen Positionen zu: der sozialistischen Vision eines Bernie Sanders oder der nationalkonservativen Idee, Amerika »wieder groß« zu machen. Eine vergleichbare Radikalisierung kann man auch in anderen Ländern wie etwa im Vereinigten Königreich und in verschiedenen europäischen Staaten beobachten.

»Zerbricht der Westen?«, fragt der Historiker Heinrich August Winkler.² Der Journalist Nikolas Busse stellt eine Zersetzung der bestehenden politischen Systeme durch »gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen« fest.³ Für den britischen Historiker Timothy Garton Ash beginnt die Zeit der »antiliberalen Konterrevolution, und zwar von allen Seiten gleichzeitig: von Putin, Jinping, Erdoğan, Trump und auch von Orbán.«⁴ Die liberale Mitte verliert, und der Populismus, hier verstanden als Bewegung gegen Eliten und Establishment, hat Zulauf.

Die Globalisierung und die Finanzkrise des Jahres 2008 werden für die Krise der Demokratie verantwortlich gemacht. »Politisch lässt sich eine Linie von der Finanzkrise bis zum Brexit und der Wahl von Donald Trump in Amerika ziehen«, so der Publizist Holger Steltzner.⁵ Und weiter: »Die Autorität der Eliten ist untergraben, weil der Finanz- und Euro-Krise schmerzhaft Sparmaßnahmen folgten.« Für den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barak Obama, hat die internationale Ordnung nicht geliefert, was sie versprochen hat. Er sieht die Ursache dafür auch im Versagen von Regierungen und mächtigen Eliten, die Unzulänglichkeiten und Widersprüche dieser Ordnung anzugehen.⁶

Der Philosoph Michael Sandel sieht ebenfalls die Politik gefordert: »Wir haben es heute vielfach mit nervösen, erschöpften und von der

Demokratie enttäuschten Bürgern und Gesellschaften zu tun. Die populistischen Revolten zeigen, dass die Politik die brennenden Fragen verfehlt, die aus der Erschöpfung und Enttäuschung entstehen.«⁷ Viele sind über den Aufstieg der Populisten besorgt und wollen wissen, was da los ist. Der Versuch einer Antwort auf diese zentrale Frage der heutigen Zeit endet aber oft im Abgesang auf die »westliche« liberale Demokratie. Als Ergebnis öffentlichen Nachdenkens erscheinen Bücher mit dem Titel »Why Liberalism failed« oder »The Retreat of Western Liberalism«⁸, in denen ausführlich beschrieben wird, was falsch gelaufen ist oder sein könnte – nicht aber, wie man es richtig machen kann.

Warum verärgert die liberale Demokratie so viele Bürger, obwohl doch ihr Staatsziel das Wohlergehen aller ist? Es wäre verständlich, wenn sich die Menschen gegen einen Diktator auflehnen, aber warum protestieren sie gegen eine Staatsform, deren Ziel Frieden, Wohlstand und die Würde des Menschen ist? Nach dem Zerfall des Sozialismus ist die liberale Demokratie ohne Alternative. Für Außenstehende ist sie unverändert sehr anziehend. Sie wird auch nicht von einem überlegenen System bedrängt, sondern scheint von innen zu zerfallen. Es spricht auf den ersten Blick wenig dafür, dass die liberale Demokratie mit ihren Idealen der Freiheit und Selbstbestimmung die Ursache für den Populismus ist.

Die Erosion der liberalen Mitte, Populismus und Widerstand gegen die Globalisierung sind Reaktionen auf einen unausgesprochenen und

ungelösten Konflikt um das Eigentum. Die Populisten fragen: Wem gehört was und wie viel, ein zentrales Thema, dem sich jede Gemeinschaft stellen muss. Sie wollen ihren Anteil am Eigentum, der ihnen verwehrt wird. Natürlich zerfällt die liberale Mitte nicht nur wegen dieses Konfliktes und der damit verbundenen wirtschaftlichen Unsicherheit. Andere Einflüsse wie soziale Medien, Immigration oder der gefühlte Verlust der kulturellen Identität spielen ebenfalls eine Rolle.

Die Erosion der liberalen Mitte und der Populismus sind Folge eines Konfliktes um das Eigentum

Jedoch verursacht der Konflikt um das Eigentum wirtschaftliche Probleme, und der Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrisen und politischem Extremismus ist offenkundig. Außerdem verstärken die Mängel der Ei-

gentumsordnung die Migration innerhalb der Europäischen Union und in die reichen liberalen Demokratien, was indirekt zur weiteren Erosion der liberalen Mitte beiträgt. Die Mängel führen auch zu einer ungezähmten Globalisierung, was die Gesellschaft zusätzlich belastet.

Der Konflikt um das Eigentum ist wie alle großen Auseinandersetzungen in der liberalen Demokratie ein emanzipatorischer Konflikt. Die Forderung nach Mündigkeit, nach Gleichberechtigung und Selbstermächtigung prägt seit der Aufklärung das, was allgemein mit gesellschaftlichem Fortschritt verbunden ist. Der Konflikt ist vergleichbar mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes, dem Recht auf politische Teilhabe. Er ähnelt auch der Emanzipation der Frauen, die ebenfalls ihre Rechte einfordern. Die Besitzlosen wollen Eigentum, sie wollen Teilhabe am sozialen Überschuss.

Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 hat jeder das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben. Schon die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 bezeichnet Eigentum als ein unverletzliches und geheiligtes Recht. Eigentum ist mit der Idee der Freiheit eng verbunden und eine grundlegende Voraussetzung für die Freiheit selbst. Den Besitzlosen wird ein elementares Grundrecht vorenthalten.

In Deutschland hat die Hälfte der Bevölkerung kein Kapital – ein für die liberalen Demokratien des Westens typischer Wert. Den Besitzlosen wird das Eigentum nicht genommen, es wird ihnen vorenthalten, weil es sich bereits im Besitz anderer befindet und diese nicht bereit sind, davon etwas abzugeben. Sie bekommen keine Chance, Eigentum zu erwerben; es wird ihnen wie den Bauern im Feudalismus versagt. Zwar wird es ihnen nicht offen verweigert, keinem ist verboten, Eigentum zu erwerben. Die Mittel, das Eigentum zu verwehren, sind subtil und nicht direkt erkennbar. Der Streit wird nicht mit physischer Gewalt ausgetragen, sondern ganz legal mit dem Bankkonto.

**In der liberalen
Demokratie be-
sitzt die Hälfte
der Bevölkerung
nichts**

Eine interessante Erklärung, werden jetzt viele denken. Aber sie kann nicht stimmen, weil keine populistische Partei das Recht auf Eigentum

Der Streit um das Eigentum ist unsichtbar wie ein schwarzes Loch

einfordert. Das ist richtig, beweist jedoch nicht unbedingt, die These vom Eigentumskonflikt sei falsch. Der Konflikt um das Eigentum ist ein unsichtbarer und unerkannter Streit. Daher richtet sich die blinde Wut der Populisten nicht gegen den Ausschluss vom Eigentum, sondern gegen andere Ziele: die Folgekonflikte oder Symptome aus der Verweigerung des Eigentums. Und das sind vor allem die sogenannte Globalisierung, aber auch die Migration.

Warum ist der Konflikt unsichtbar? Die Antwort muss man bei der Wirtschaftswissenschaft suchen, denn der Konflikt um das Eigentum drückt sich durch wirtschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Schulden und Handelsungleichgewichte aus. Es wäre damit Aufgabe der Wissenschaft, auf den Konflikt aufmerksam zu machen. Doch sie bringt den Konflikt um das Eigentum nicht zur Sprache, sondern verschleiert ihn und verwirrt die öffentliche Meinung. Sie macht das unbeabsichtigt, weil sie einem wissenschaftlichen Irrtum unterliegt.

Wie ein wissenschaftlicher Irrtum den Populismus fördert

Denkfehler sind in der Wissenschaft weit verbreitet: Lange herrschte etwa die Vorstellung, die Erde sei eine Scheibe. Dann wurde behauptet, die Sonne würde um die Erde kreisen und nicht umgekehrt. Jeder kennt den Äther, die geheimnisvolle Substanz, durch die sich das Licht fortbewegt und wie Wellen ausbreitet. Überraschend gut funktionierte auch die Idee vom Phlogiston, die im 17. und 18. Jahrhundert unter Wissenschaftlern sehr populär war. Phlogiston ist eine Substanz, von der man glaubte, sie entweiche allen brennbaren Körpern bei der Verbrennung und dringe bei Erwärmung in sie ein. Alles falsch. Die Erde ist rund, kreist um die Sonne, Äther und Phlogiston existieren nicht. »Wissenschaft ist Irrtum auf den neuesten Stand gebracht.«⁹ Wissen ist kein Zustand, sondern ein fortlaufender Prozess. Wissen bedeutet Veränderung. Allzu oft stellt sich heraus, dass die Dinge anders sind als gedacht.

Im Gegensatz zum Äther, dessen Existenz für unser Alltagsleben unwichtig ist, kann ein wissenschaftlicher Irrtum in der sozialen Welt ganz erhebliche Auswirkungen auf unser tägliches Zusammenleben haben. Wir sind von der Wirtschaftswissenschaft abhängig. Für John Maynard Keynes

»sind die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als auch wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes regiert. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Verrückte in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiberling ein paar Jahre vorher verfasste.«¹⁰

Wir alle sind die Knechte der Ökonomen, besonders die Besitzlosen, weil die Wissenschaft ihr großer und mächtiger Gegner geworden ist.

Was nun den Populismus und den Irrtum betrifft, geht es um den wissenschaftlichen Glauben, die soziale Welt mit Hilfe naturgesetzlicher Methoden erforschen zu können. Die Ökonomie versteht sich als reine Wissenschaft. Bis in das 19. Jahrhundert galt sie als Teil von Politik und Moralphilosophie. Die Reduktion auf eine pure Wissenschaft ohne Ethik und Politik geht zurück bis auf Descartes und vor allem auf Comte. Seine Sozialphysik beruht auf dem Gedanken, dass soziale und damit auch wirtschaftliche Gegebenheiten auf die gleiche Art und Weise untersucht werden müssen wie astronomische, physikalische oder chemische Naturgesetze. Auch die soziale Welt unterliege unveränderbaren Gesetzen, die zu entdecken sind. Andere Zugangsformen zum Wissen sind damit ausgeschlossen. Eine solche Sichtweise der sozialen Wissenschaft ist zwar umstritten und wird von verschiedenen Seiten heftig kritisiert¹¹, ist aber dennoch bis heute zumindest für das Eigentum tonangebend und damit tief in den theoretischen Grundlagen verankert.

Es ist ein wissenschaftlicher Irrtum, die soziale Welt mithilfe naturgesetzlicher Methoden erklären zu wollen

Diese wissenschaftliche Methode hat Vorteile, weil Beobachtungen und Zusammenhänge systematisch und nachprüfbar untersucht werden. Sie hat aber auch erhebliche Nachteile: Naturgesetze sind gegeben, unveränderbar. In der sozialen Welt, und dazu zählt auch das Wirtschaftsleben, bedeuten Gesetze etwas anderes: Sie werden gemacht, beschlossen und verabschiedet – soziale Gesetze sind Menschenwerk. Durch die soziale Physik werden menschliche Gesetze als natürlich, also unveränderbar verklärt. In der sozialen Welt existiert anders als in der Naturwissenschaft keine objektive Wahrheit, und der Versuch, eine objektive Wissenschaft zu betreiben, endet in versteckten Werturteilen. Eine Sozialphysik verhindert, soziale Konflikte zu erkennen, weil sie durch die Brille der Naturwissenschaft verschwinden, und man sieht nur noch Atome, Moleküle, Sterne oder Menschen, die ihren Vorteil nach mathematischen Regeln maximieren. Die Astronomie oder Physik kennt keine sozialen Konflikte. So ist die Frage, wie das Eigentum verteilt sein sollte, kein Gegenstand ökonomischer Forschung, denn jede Aussage über eine bestimmte Verteilung des Vermögens beinhaltet ein Werturteil, das in einer »wertfreien« Wissenschaft nicht zulässig ist, denn auch der Physiker fällt keine Urteile über sein Untersuchungsobjekt.

Man kann die Mängel der sozialen Physik gut anhand des Straßenverkehrs erklären. Der Straßenverkehr ist ein komplexes System, welches Millionen Menschen Bewegungsfreiheit bei großer Sicherheit und Bequemlichkeit bietet. Dieses sehr erfolgreiche System hat drei Elemente: Technik, Regeln und Verhalten. Die Technik ist für die Fahrzeuge zuständig, also für die Konstruktion eines günstigen, sicheren und komfortablen Transportmittels. Regeln sind notwendig, damit der Verkehr reibungslos läuft. Eine ganz einfache, aber dennoch entscheidende Grundregel ist zum Beispiel, dass man sich einigt, auf welcher Seite der Straße gefahren wird – rechts oder links. Wichtig ist eine Regel, an die sich alle halten. Das Verhalten entscheidet schließlich darüber, wie wir mit der Technik und den Regeln umgehen. Grenzen einhalten, umsichtig und vorsichtig fahren, sich anschnallen – all das leitet unser Verhalten und wird zur Gewohnheit.

Unser Wirtschaftssystem funktioniert wie der Straßenverkehr, ist aber noch komplexer und braucht ebenfalls Technik, Regeln und das richtige Verhalten. Die Technik sind die Wirtschaftswissenschaft und die Unter-

nehmen, Regeln macht die Politik, und das Verhalten ist eine Frage der Philosophie. Die Sozialphysik behandelt keine politischen und moralischen Fragen, die damit vernachlässigt und nicht weiterentwickelt werden, und so sind unsere Vorstellungen vom Eigentum und dessen richtigem Gebrauch die gleichen wie vor 300 Jahren, obwohl sich die Welt seit der Industriellen Revolution epochal verändert hat. Man stelle sich vor, wie der Straßenverkehr heute laufen würde, wenn die vor 300 Jahren üblichen Regeln und Verhaltensweisen vorherrschen würden. Dann könnte man sich das Chaos vorstellen, das durch unseren unzeitgemäßen Umgang mit dem Eigentum angerichtet wird.

Der Konflikt um die Vermögensverteilung wird durch die Sozialphysik unsichtbar gemacht: Für die Wissenschaft ist die Verteilung des Vermögens kein Thema, weil wissenschaftlich nicht lösbar, und sie wird deshalb als gegeben vorausgesetzt. Fragen der Vermögensverteilung werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht diskutiert.¹² Die Verteilungsfrage als Ursache für wirtschaftliche Probleme wird damit ausgeblendet. Es entsteht ein blinder Fleck, ein Themenbereich, der nicht untersucht wird, und der Konflikt bleibt unsichtbar.

**Für die Ökonomen
ist privates Eigen-
tum unantastbar**

Das Besondere des blinden Flecks unserer Augen ist, dass wir ihn nicht erkennen, unser Gehirn täuscht eine optische Wahrnehmung vor, wo nichts ist. Auch die Ökonomen erfinden eine Fiktion, eine heile Welt ohne Konflikte um das Vermögen. Menschengemachtes Recht wird als natürlich angesehen, Märkte werden erfunden, die es nicht gibt. Der Vermögenskonflikt wie auch der blinde Fleck sind uns nicht bewusst.

Die Wissenschaft wird zum Fürsprecher der Reichen und Mächtigen und zum Gegner der Armen und Schwachen – den kleinen Leuten. Sie ergreift unbewusst Partei in dem Konflikt um das Vermögen, und zwar im wissenschaftlichen Gewand. Das ist kein Ergebnis einer Verschwörung, sondern Folge der angeblich »wertfreien« Wissenschaft. Sie stellt keine Alternativen dar, die sich aus einer anderen Vermögensverteilung ergeben würden. Sie wird damit zu einer politischen Wissenschaft, deren Einfluss aber verdeckt wird, weil ihre Äußerungen und Empfehlungen als wissenschaftlich neutrale Meinungen gelten. Die »wertfreie«

**Die Ökonomen
nehmen politischen
Einfluss, behaupten
aber, sie seien eine
wertfreie
Wissenschaft**

Wissenschaft ist selber ein politisches Problem, sie benennt den Vermögenskonflikt nicht, sondern verwirrt die öffentliche Meinung. Sie verschweigt Alternativen und nimmt versteckt politischen Einfluss. Das alles geschieht, um es zu wiederholen, ohne Absicht wie in einer Tragödie. Dort gerät der Protagonist ebenfalls in Schwierigkeiten, weil er das Falsche tut, aber nicht mit schlechten Absichten. John Kenneth Galbraith nennt das in einem ähnlichen Zusammenhang »die Ökonomie des unschuldigen Betrugs«. Deren Wegbereiter »sind sich nicht bewusst, welche Kräfte ihre Anschauungen formen, welche Glaubenssätze sie unterschwellig übernehmen.«¹³

Meine These vom Vermögenskonflikt erlaubt, den Populismus anders zu sehen: Er ist ein fiebriger Protest und Ausdruck einer Seuche, die die liberale Demokratie heimsucht. Er ist nicht der Grund für die Seuche, sondern wie das Fieber ihr Symptom. Durch das Fieber wehrt sich der Körper gegen einen Feind und mobilisiert seine Abwehrkräfte. Auch die Populisten wehren sich, sie protestieren und begehren auf. Ihr Fieber ist ein politisches Problem, das man nicht mit Hygiene oder Impfstoffen bekämpfen kann. Es befällt nicht jeden, sondern bestimmte Gruppen in der Gesellschaft, genau wie Kinder, Kranke und Alte die ersten Opfer einer Seuche sind. Deshalb macht es keinen Sinn, diese Gruppen für ihr Fieber verantwortlich zu machen und den Fehler bei ihnen zu suchen. Ein Mangel an Eigentum löst das populistische Fieber aus.

Natürlich ist der Populismus janusköpfig: antidemokratisch, wenig freiheitsliebend und intolerant, aber eben auch ein politischer Protest. Uns interessieren hier in erster Linie nicht ihre Wortführer, sondern die Wähler und deren Beweggründe für ihren Protest.

Die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten sind ahnungslos. Sie erkennen den Vermögenskonflikt nicht und stellen sich somit unwillkürlich auf die Seite der Reichen – damit sind nicht die Wohlhabenden gemeint, sondern die wirklich Reichen, die Superreichen. Sie vertreten nicht mehr die Interessen der breiten Bevölkerung. Deshalb werden sie abgewählt. Es gibt kaum ein politisch brisanteres

Thema wie die Vermögensfrage – aber in der politischen Mitte wird nicht darüber gesprochen, oder der längst überwunden geglaubte Gegensatz zwischen Kollektivismus und Liberalismus wird wieder ausgegraben.¹⁴ Eigentumsordnung, unbegrenzter Reichtum und Streit um das Vermögen sind keine Themen, weil sie wegen eines wissenschaftlichen Irrtums nicht als Problem erkannt werden. Durch den blinden Fleck wird den Eliten ein Problem vorenthalten, was sie grundsätzlich lösen könnten, indem sie es dem Wähler zur Entscheidung vorlegen.

Die wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Elite handelt gegen die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung

Der Irrtum der Wissenschaft wirkt sich auf die Institutionen der Demokratie und den politischen und wirtschaftlichen Liberalismus aus. Der Politiker handelt nicht, jedoch nicht, weil er unfähig oder korrupt ist, sondern weil ihm das Problem nicht präsentiert wird. Er verliert an Ansehen und mit ihm die demokratischen Institutionen.

Eine bisher nicht gestellte Frage

Der Konflikt um das Vermögen lässt sich nicht mit einigen kleineren Reparaturen beheben. Unsere Eigentumsordnung beruht auf dem Grundgedanken, dass ausreichend Eigentum für jeden vorhanden ist. Diese Idee ist vergleichbar mit einem großen, unbewohnten und fruchtbaren Land als Sinnbild des Eigentums, wo für alle genug Platz zum Leben und Arbeiten ist. Unter solchen Bedingungen ist diese Ordnung inklusiv, sie schließt keinen vom Eigentum aus. Auch lassen sich Milliardenvermögen einiger Weniger rechtfertigen, denn es ist ja genug für alle vorhanden, und der Milliardär nimmt keinem etwas weg. Wenn also einige Dutzend Personen¹⁵, auf die genaue Zahl kommt es nicht an, genauso viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, dann ist das zwar ungerecht, aber nach der Logik des reichlich vorhandenen Eigentums Ausdruck für den dadurch geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum. Ich will diese Ordnung als kapitalistische Eigentumsordnung bezeichnen.

In unserer Gesellschaft herrscht die Vorstellung, Eigentum sei für jeden prinzipiell unbegrenzt verfügbar – vorausgesetzt, er erwirbt es legal durch Arbeit, Erbschaft oder unternehmerisches Geschick. Wenn aber die Menschheit an ökologische Grenzen stößt, stößt sie zugleich auch an Vermögensgrenzen. Daher müssen wir über Vermögen neu nachdenken und darüber, wie viel davon jedem zusteht. Ekkehart Hansmeyer zeigt auf, wie man dem Populismus durch neue Grenzen für das Eigentum den Boden entziehen, die Wirtschaft wieder stabil machen, die Rente sichern und dem Klimawandel wirksam begegnen kann.

Ekkehart Hansmeyer ist promovierter Volkswirt. Er ist freiberuflich als Wirtschaftsprüfer und Autor tätig. Sein besonderes Interesse gilt der nachhaltigen politischen Ökonomie.